

Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am
03.05.2011

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 19:25 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Weber
Frau Kammeier
Frau Niederfranke
Frau Osthus
Herr Jung
Herr Völker

SPD

Frau Schrader
Herr Kaufmann
Frau Schneider
Herr Gerth
Frau Gündogdu

Vorsitzende

(für Herrn Wandersleb)

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober
Frau Rathsmann-Kronshage

BfB

Frau Cascante-Maristany
Herr Schuster

FDP

Herr Spalek

(für Herrn Buschmann)

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Bürgernähe

Frau Geilhaar

Beratende Mitglieder

Frau Huber
Herr Winkelmann

Seniorenrat
Beirat für Behindertenfragen

Gäste

Herr Großsegödinghaus
 Herr Radloff
 Herr Richter

AGW
 Jobcenter-Arbeitplus-Bielefeld
 Agentur für Arbeit Bielefeld

Verwaltung

Beigeordnete Frau Ritschel
 Beigeordneter Herr Kähler
 Frau Schulz

Dezernat 3
 Dezernat 5
 Amt für Soziale Leistungen
 - Sozialamt -
 Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
 Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
 Stab Dezernat 5
 Stab Dezernat 5
 Amt für Soziale Leistungen
 - Sozialamt -
 Gleichstellungsstelle

Frau Dr. Delius

Herr Dr. Jostmeyer

Herr Wörmann
 Frau Dammann
 Frau Krutwage

Herr Voelzke

Herr Bergen

Herr Kayko

Frau Buddemeier

Schriftführung

Herr Litke

Amt für Soziale Leistungen
 - Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Frau Schrader begrüßt die Anwesenden.

Für die weiterhin erkrankte Schriftführerin, Frau Krumme, wird Herr Litke, Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-, als Schriftführer für diese Sitzung bestellt; dagegen gibt es keine Einwände.

Frau Schrader stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie weist auf zwei Anfragen unter Punkt 3.3 und 3.4 hin, die erst nach der Einladung versandt wurden.

Die Tagesordnung wird um weitere Mitteilungen erweitert; andere Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 13. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 08.03.2011**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 13. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 08.03.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Umgang mit Anregungen und Vorschlägen von Bezirksvertretungen und Beiräten**

Die mit der Einladung versandte Anlage (Schreiben vom Büro des Rates über eine Absprache im Ältestenrat) nimmt der Ausschuss zu Kenntnis.

Zu Punkt 2.2 **Veranstaltung des Seniorenrates: "Begegnungszentren für ältere Menschen in Gefahr?"**

Frau Huber weist auf die Tagesveranstaltung des Seniorenrates am 25.05.2011 hin und lädt die Mitglieder des Ausschusses ausdrücklich dazu ein.

Zu Punkt 2.3 **Probleme in der Seniorenresidenz Carré am Niederwall**

Herr Kähler nimmt Bezug auf entsprechende Presseartikel, in denen Pflege- und Versorgungsprobleme reklamiert wurden.
Frau Schulz erläutert, dass die Seniorenresidenz Carré am Niederwall keine Einrichtung im Sinne des Wohn- und Teilhabegesetzes NRW sei und somit keine heimaufsichtsrechtlichen Befugnisse bestünden.
Das DRK habe nun unbürokratisch für zunächst eine Woche die Pflege und Versorgung von 35 Bewohnern sicher gestellt. Weitere Verhandlungen - insbesondere zur Frage des künftigen Vermieters - bleiben abzuwarten. Herr Kähler dankt dem DRK ausdrücklich für die kurzfristige Hilfe.

Zu Punkt 2.4 Beratung über Leistungsverträge in der nächsten Sitzung

Frau Schrader informiert darüber, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses über die Fortsetzung der zunächst nur für ein Jahr verlängerten Leistungsverträge beraten wird. Die Mitglieder sollten sich daher auf eine ggf. längere Sitzungsdauer einstellen.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Neues Projekt von Arbeitplus für SGB II-Bezieher ab 01.01.2011 (Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe vom 13.04.2011)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2358/2009-2014

Die versandte schriftliche Antwort der Verwaltung wird durch eine in der Sitzung verteilte Tischvorlage korrigiert; die Seiten 15 und 16 wurden dabei aktualisiert. Frau Schrader verweist darauf, dass die Inhalte unter Punkt 6.1 diskutiert werden.

Die Antwort wird entsprechend akzeptiert.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Mindestsatz der Bundesagentur für Arbeit bei Vermittlung von SGB II-Beziehern (Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe vom 13.04.2011)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2360/2009-2014

Die versandte schriftliche Antwort der Verwaltung wird akzeptiert.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Schlachtbetriebe etc. in Bielefeld (Anfrage der SPD-Fraktion vom 26.04.2011)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2454/2009-2014

Die als Tischvorlage verteilte schriftliche Antwort der Verwaltung (**Anlage 1**) wird akzeptiert.

-.-.-

Zu Punkt 3.4 **Wahrscheinlicher Wegfall der Pathologie beim EvKB Bielefeld**
(Anfrage der SPD-Fraktion vom 26.04.2011)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2455/2009-2014

Die als Tischvorlage verteilte schriftliche Antwort der Verwaltung (**Anlage 2**) wird akzeptiert.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Pflegestatistik 2009: Grundlagen - Zahlen - Daten**

Berichterstattung:

Frau Krutwage - Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2326/2009-2014

Frau Krutwage erläutert die Vorlage anhand ausgewählter Grafiken und beschreibt die „Pflegelandschaft“ in Bielefeld, die sich durch einen vergleichsweise hohen professionellen ambulanten Anteil mit vielen dezentralen Angeboten auszeichnet.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Vorsitzende Frau Schrader, Frau Gündogdu, Herr Weber, Frau Geilhaar, Frau Rathsmann-Kronshage, Frau Dr. Ober, Herr Winkelmann und Frau Huber.

Übereinstimmend wird der Bericht begrüßt und die 2-jährliche Fortsetzung gewünscht. Schwerpunktmäßig werden folgende Fragen von Frau Krutwage und Frau Schulz beantwortet:

- Wie kann sichergestellt bzw. optimiert werden, dass pflegebedürftige Menschen bzw. ihre Angehörigen frühzeitig und umfassend über passgenaue Pflegeangebote informiert werden?
- Wie können vermehrt Ehrenamtliche und Nachbarschaften in die Pflegeunterstützung einbezogen werden?
- Sind Menschen mit Migrationshintergrund im Pflegesystem „angekommen“?
- Gibt es ausreichend Angebote zur Entlastung von Angehörigen bei der Pflege dementer Menschen?

Dabei wird besonders auf die dezentralen Beratungsangebote, Pflegeberatung, Pflegebüro Sennestadt und Pflegestützpunkte hingewiesen. Im Modellprojekt „Bielefeld engagiert“, das am 31.12.2011 ausläuft, konnten 100 Ehrenamtliche gewonnen werden.

Frau Rathsmann-Kronshage gibt zu bedenken, dass ältere Menschen nicht einseitig unter dem Aspekt von Pflegebedürftigkeit gesehen werden dürfen, sondern oft bis ins hohe Alter hinein bei ausreichender Gesundheit vielmehr ein Wunsch nach passenden ortsnahen Gemeinschaftsangeboten bestünde. Solche Angebote sind eben auch präventiv von Bedeutung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6 Umsetzung der Sozialgesetzbücher II und XII (SGB II und SGB XII)

Zu Punkt 6.1 Sachstandsbericht SGB II - Quartalsbericht

Herr Radloff verweist auf die mit der Einladung versandten Unterlagen und die Tischvorlage zu Punkt 3.1. Er erläutert die Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und Eingliederungsmaßnahmen für „Aufstocker“.

Auf Nachfrage von Frau Schrader stellt er klar, dass die Vermittlung von Arbeitslosen grundsätzlich zu tariflich vereinbarten Konditionen erfolge; beim Fehlen tariflicher Vorgaben „lohne“ sich eine Vermittlung erst ab einer bestimmten Lohnhöhe. Frau Schrader bittet darum, in künftigen Berichten darüber zu informieren.

In der anschließenden Diskussion, an der sich Frau Geilhaar, Herr Weber, Herr Kähler, Herr Dr. Schmitz, Frau Schneider und Frau Rathsmann-Kronshage beteiligen, werden teilweise gegensätzliche Auffassungen zu folgenden Themenbereichen geäußert:

- Vermittlung in Tätigkeiten mit „Aufstockungsbedarf“ und an Zeitarbeitsfirmen
- Aktivitäten für zu vermittelnde „Aufstocker“

Herr Kähler unterstreicht, dass die Senkung von Ausgaben für Kosten der Unterkunft, die hierdurch zu erwarten seien, im kommunalen Interesse liege.

Weitgehende Einigkeit besteht darüber, dass der Ausschuss auch künftig seine Aufmerksamkeit auf die Zielgruppen arbeitslose Jugendliche, Alleinerziehende und Ältere fokussieren will.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6.2 **Mündlicher Bericht Bildungs- und Teilhabepaket SGB II und SGB XII**

Beigeordneter Herr Kähler berichtet zur Entwicklung und Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes. Er betont, dass die Umsetzung noch im Fluss sei, so dass viele Fragen jetzt noch nicht abschließend beantwortet werden können. Der wesentliche Inhalt seiner Ausführungen ist in einer Tischvorlage (**Anlage 3**) zusammengefasst. Herr Kähler weist auch auf die erst kürzlich fertig gestellte „Arbeitshilfe“ des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales NRW hin; die Gliederung dieser Arbeitshilfe liegt dem Ausschuss als Tischvorlage vor – die gesamte Arbeitshilfe (84 Seiten) kann auf Wunsch bei der Schriftführung des Ausschusses angefordert werden (vorzugsweise als pdf-Datei per Email).

Da offensichtlich ist, dass zum jetzigen Zeitpunkt viele Fragen noch nicht beantwortet werden können, schlägt Vorsitzende Frau Schrader vor, den Bericht ohne weitere Aussprache zur Kenntnis zu nehmen; man werde künftig über die weitere Entwicklung informiert. Die Anwesenden sind damit einverstanden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 7 **Aktionsprogramm "Katzenkastration ist Tierschutz" - Auswertung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2325/2009-2014

Beigeordnete Frau Ritschel erläutert die Vorlage.
Nachfragen gibt es nicht.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8 **Mündlicher Bericht aus der letzten Sitzung der Kommunalen Gesundheits Konferenz (KGK)**

Beigeordnete Frau Ritschel berichtet über drei zentrale Themen aus der letzten Sitzung der KGK am 30.03.2011:

- Notfallversorgung

Die Arbeitsgruppe Notfallversorgung hat sich schwerpunktmäßig mit den Auswirkungen der Notfalldienstreform befasst. Um die jetzt gültigen Notfalltelefonnummern in der Öffentlichkeit besser bekannt zu machen, wurde ein Flyer, der als Tischvorlage verteilt wird, erarbeitet; er liegt in Arztpraxen und städtischen Dienststellen aus – kann aber auch aus dem In-

ternet geladen werden: <http://www.bielefeld.de/de/gS/notfall>. Leider ist die grundsätzlich verfügbare Kurzurufnummer 116117 noch nicht für die Arzt-rufzentrale geschaltet; dies ist erst für 2012 vorgesehen. Die AG hat das gegenüber den zuständigen Institutionen kritisiert.

Es ist vorgesehen, das Thema Notfalldienstreform im nächsten SGA ge-sondert zu behandeln. Hierzu ist Herr Dr. Mayser von der Kassenärztli-chen Vereinigung Westfalen-Lippe eingeladen.

- Überleitung zwischen Versorgungssystemen

Es wurde eine Arbeitsgruppe installiert, die insbesondere für den Über-gang zwischen stationären Krankenhausaufenthalten und der ambulan-ten Versorgung Optimierungsvorschläge erarbeiten wird. Damit soll ein zentrales Ziel der beschlossenen „Bielefelder Gesundheitsziele 2015“ umgesetzt werden.

- Mobile Beratungsstelle „Schädel-Hirn-Trauma“

Die Kinderneurologie-Hilfe der DRK Bielefeld Soziale Dienste gGmbH hat eine mobile Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche eröffnet, in der neben Beratung auch Case-Management angeboten wird. In der Alters-gruppe der 10 bis 14-Jährigen ist das Schädel-Hirn-Trauma die Todesur-sache Nr. 1, aber auch sonst ist das Thema für die Entwicklung von Kin-dern und Jugendlichen von großer Bedeutung. Die KGK unterstützt die Beratungsstelle durch öffentliche Information.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 9

1. Satzung zur Änderung der Satzung des Beirates für Behinderten-fragen der Stadt Bielefeld vom 06.09.2007

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2117/2009-2014

Der Ausschuss fasst entsprechend der Vorlage ohne Aussprache den empfehlenden

Beschluss:

Der Rat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung des Beirates für Behindertenfragen vom 06.09.2007 wie folgt:

1. Satzung zur Änderung der Satzung des Beirates für Behindertenfragen vom 06.09.2007 vom

Aufgrund der §§ 7 und 41 Abs.1 Buchstabe f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21.12.2010 (GV NRW 2010 S. 688) und des § 13 des Gesetzes des Lan-des Nordrhein-Westfalen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinde-rung (Behindertengleichstellungsgesetz Nordrhein-Westfalen, BGG NRW) vom 16.12.2003 (GV NRW S. 766) zuletzt geändert durch das

Gesetz vom 18.11.2008 (GV NRW S. 738) hat der Rat der Stadt Bielefeld in seiner Sitzung am folgende Änderung der Satzung des Beirates für Behindertenfragen beschlossen:

Artikel 1

Nach § 5 wird § 5a neu eingefügt.

§ 5 a

Verfahren

- (1) Die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister leitet alle Vorlagen und Anträge, die die besondern Interessen der Menschen mit Behinderungen berühren können, vor der Beratung im Rat, in Ausschüssen oder Bezirksvertretungen dem Beirat für Behindertenfragen zur Behandlung zu. Die Beratung dieser Angelegenheiten soll erst dann erfolgen, wenn dem Beirat für Behindertenfragen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist.
- (2) Auf Antrag des Beirates für Behindertenfragen ist eine Anregung oder Stellungnahme des Beirates für Behindertenfragen dem Rat, einer Bezirksvertretung oder einem Ausschuss vorzulegen. Die/der Vorsitzende des Beirates für Behindertenfragen oder ein anderes vom Beirat für Behindertenfragen benanntes Mitglied ist berechtigt, bei der Beratung dieser Angelegenheiten an der Sitzung teilzunehmen. Ihr/ihm kann auf Verlangen das Wort erteilt werden.
- (3) Der Beirat für Behindertenfragen kann Fragen an die Oberbürgermeisterin/den Oberbürgermeister richten. Sie/er kann die Fragen in der nächsten Sitzung des Beirates für Behindertenfragen beantworten.
- (4) Über die dem Beirat für Behindertenfragen zur Erledigung seiner Aufgaben zur Verfügung zu stellenden Mittel wird im Rahmen des Haushaltsplanes entschieden.
- (5) Der Beirat für Behindertenfragen ist berechtigt, Arbeitsgruppen zu Themen seines Aufgabenbereiches zu bilden. § 10 Abs. 4 der Hauptsatzung findet Anwendung.

Artikel 2

Der Artikel 1 tritt zum 01.07.2011 in Kraft.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 10

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen **- Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Vorsitzende Frau Schrader stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Vorsitzende Frau Schrader beendet die Sitzung um 19.25 Uhr.

Schrader
(Vorsitzende)

Litke
(Schriftführer)